



Vorname	Barbara
Name	Rimml
Beruf	Projektleiterin Verein Pro Teilzeit, Selbstversorgung
Geburtsjahr	1973
Wohnort	Chur
Partei / Funktion	SP, Gemeinderatskandidatin

Haben Sie ein Lebensmotto, wenn ja welches?

Global denken, lokal handeln.

In welchem Umfeld bewegen Sie sich:

In meinem Alltag bewege ich mich zwischen Homeoffice, Gemüsegarten, partnerschaftlich verteilter Familien- und Hausarbeit und politischem Engagement.

Beschreiben Sie uns Ihren politischen Werdegang – Ihre Motivation:

Geprägt hat mich mein Austauschjahr in Kolumbien, wo ich als 18-jährige in einem Projekt für Strassenjugendliche arbeitete. Man sah den Leuten jeweils auf den ersten Blick an, ob sie aus einem armen oder besseren Viertel der Stadt kamen. Dieser enorme Unterschied zwischen arm und reich, der von Gewalt geprägte Alltag, die Unmöglichkeit von Veränderung, wenn nicht das ganze Weltsystem auf den Kopf gestellt wird – das hat mich frustriert. Aber das hat auch dazu geführt, dass ich mich einige Jahre später in der globalisierungskritischen Bewegung engagiert habe – um mitzuhelfen, diese ungerechte Weltordnung zu ändern. Ich war Mitbegründerin und langjährige Aktivistin von attac Bern und MultiWatch. Nach dem Studiumsabschluss (Soziologie, Ökologie, Medienwissenschaften und Marketing) arbeitete ich fast 10 Jahre als Gewerkschaftssekretärin in Bern und war aktiv in der Frauenbewegung. Vor fast 8 Jahren kam ich zurück nach Graubünden. Hier engagiere ich mich im Frauen*streikkollektiv und in der Regionalgruppe Chur der Konzernverantwortungsinitiative. Beruflich setze ich mich als Projektleiterin für die Förderung von Teilzeitarbeit in den Baubranchen ein – und somit für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Was möchten Sie als Gewählte bewegen?

Nebst gleichstellungspolitischen Anliegen möchte ich mich für eine lebendige, familienfreundliche Stadt einsetzen, in der sich alle wohlfühlen. Für ein grüneres Chur mit mehr Gärten und Biodiversität. Für konkrete Massnahmen gegen den Klimawandel. Und für eine soziale und verantwortungsvolle Bau- und Bodenpolitik. Auch künftige Generationen brauchen unverbautes Land.

Wo sind Ihre Schwerpunkte?

Eine Gleichstellungspolitik, die Nägel mit Köpfen macht und eine weitsichtige Umweltpolitik mit einem Klimaplan. Und generell politische Entscheide an den Zielen der französischen Revolution orientieren – Freiheit, Gleichheit, Solidarität.

Haben Sie (politische) Vorbilder?

Alle Menschen, die sich uneigennützig für eine solidarische, freie, gerechte und ökologische Welt engagieren.

Was heisst Gleichstellung für Sie und was brauchen wir um die Gleichstellung in Graubünden zu fördern?

Gleichstellung bedeutet für mich, dass Mädchen und Buben, Frauen und Männer die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben und die gleiche Wertschätzung erfahren.

In Graubünden braucht es viel mehr Frauen in der Politik, sowohl kantonale wie in den Gemeinden. Frauen müssen in den Medien gleichwertig vertreten sein wie Männer, hier braucht es ein bewusstes Engagement der Bündner Medien, die noch ziemlich rückständig unterwegs sind. Auch weitere Förderung der ausserfamiliären Kinderbetreuung ist notwendig.

Allgemein sind noch viele Massnahmen nötig, bis die Forderungen des Frauen*streiks nach «Respekt, mehr Zeit, mehr Lohn» verwirklicht sind. Eine gewaltfreie Gesellschaft, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, mehr Lohn für Berufe, in denen vor allem Frauen arbeiten, die gleichberechtigte Verteilung der unbezahlten Arbeit, höhere Renten für Frauen - um nur einige Baustellen zu nennen. Darüber hinaus stellt sich mir aber nicht nur die Frage nach der Verteilung des Kuchens, sondern auch nach dem Umbau der Bäckerei: Wie können wir die Gesellschaft verändern, dass Lebensqualität und Gemeinwohlorientierung im Vordergrund stehen und nicht einseitige Gewinnmaximierung?

Würden Sie es befürworten, dass generell mehr Massnahmen zur Gleichstellung ergriffen werden und wenn ja, von wem?

Natürlich. Es braucht Massnahmen von allen – Männer und Frauen - und auf allen Ebenen der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Eine besondere Verantwortung nehmen dabei die staatlichen Institutionen ein. Sie müssen verbieten, kontrollieren und sanktionieren (z.B. bei Lohndiskriminierung oder Gewalt), können Sensibilisierungskampagnen lancieren, fortschrittliche Projekte unterstützen und vorbildliche Modelle vorleben.

Die Nichtsanktionierung von Teilzeitarbeit könnte dazu beitragen, dass familiäre Pflichten zwischen den Geschlechtern weniger einseitig verteilt werden. Wie stehen Sie zu Jobsharing und Teilzeitpensen auch in Führungspositionen?

Beruflich setze ich mich für gute Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für alle ein – für Männer und Frauen, unabhängig von Beruf und Hierarchiestufe. Jobsharing sollte nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch in der Verwaltung und für politische Ämter selbstverständlich sein.

Jährlich findet im Grossrat das Mädchenparlament statt. Mentorinnen für Jungpolitikerinnen oder Teilnehmerinnen an überparteilichen Arbeitsgruppen sind stets willkommen. Inwiefern engagieren Sie sich persönlich auch ausserhalb des politischen Amtes für frauenrelevante Anliegen?

Ich engagiere mich im Frauen*streikkollektiv Graubünden, wo wir mit vielfältigen Aktionen und Projekten Druck machen, dass sich etwas bewegt in Sachen Gleichstellung in Graubünden.